

## **Empfehlungen für die künftige Bundesregierung**

### **Region Osteuropa/Zentralasien**

Auf die 29 Länder der Ost-Ausschuss-Region entfallen aktuell 19 Prozent des deutschen Außenhandels. Dies ist mehr als der Handel mit den USA und China zusammengenommen. Die Anforderungen des EU-Green Deal zur Klimaneutralität bis 2050 stellen die Region vor große Herausforderungen. Zudem hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine weitere Transformationsprozesse in Gang gesetzt, die die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der Region nachhaltig verändern. Russland spielt als Handelspartner für Deutschland nur noch eine geringe Rolle (Import: Platz 36/Export: Platz 59). Hingegen hat Polen seine herausragende Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ausgebaut und ist nun das viertwichtigste Exportziel für deutsche Waren (vor China). Länder wie die Ukraine, Kasachstan und Usbekistan sind noch stärker in den Fokus der deutschen Wirtschaft gerückt. Auch der deutsche Handel mit den sechs Ländern des Westlichen Balkans wächst kontinuierlich. Für neue Dynamiken in der Zusammenarbeit mit der Region sorgen Projekte zur Erzeugung von grünem Strom und Wasserstoff an der östlichen Adria, am Schwarzen Meer, an der Ostsee und am Kaspischen Meer sowie die Entwicklung neuer, sicherer Lieferketten und Transportwege. Strategisch wichtige Projekte sind aktuell der verstärkte Bezug von Rohöl aus Kasachstan und anderer kritischer Rohstoffe aus Zentralasien sowie die geplante Erschließung der Lithium-Vorkommen in Serbien unter Einhaltung europäischer Umwelt- und Arbeitsstandards.

### **Herausforderungen:**

- Wiederaufbau der Ukraine auch unter Kriegsbedingungen, um das Land stabil zu halten und deutschen Unternehmen vor Ort eine Perspektive zu geben.
- Schutz des gemeinsamen EU-Binnenmarktes gegen protektionistische Tendenzen in einzelnen EU-Ländern.
- Abbau von Wirtschaftshemmnissen und zusätzliche Wachstumsimpulse durch ein höheres Tempo bei den laufenden EU-Beitrittsverfahren.
- Sicherung der europäischen Energie- und Rohstoffversorgung und Verkürzung der Lieferketten durch neue Partnerländer und Projekte in Südosteuropa und Zentralasien.
- Programme zur Gewinnung von Fachkräften

## Petita an die neue Bundesregierung:

- Deutsch-polnischer Motor: Wenn es um die Reform der EU, europäische Resilienz in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen, um eine Erweiterung des EU-Binnenmarkts und um den Wiederaufbau der Ukraine geht, müssen Berlin und Warschau enger kooperieren. Jährliche deutsch-polnische Regierungskonsultationen sollten durch hochrangige Wirtschaftsgespräche begleitet werden. Eine gemeinsame Agenda mit grenzüberschreitenden Leuchtturmprojekten wie etwa einem deutsch-polnischen KI-Entwicklungszentrum in Stettin oder Breslau sollte erarbeitet werden.
- Deutsche Unterstützung trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands behauptet. Sicherheit für die Ukraine bedeutet gleichzeitig Sicherheit für dort engagierte deutsche Unternehmen, aber auch Sicherheit für die EU. Die neue Bundesregierung darf in ihrem Engagement nicht nachlassen. Sie muss entschlossen für den Reformprozess in und die europäische Integration der Ukraine eintreten. Finanzhilfen für den Wiederaufbau müssen stärker mit der Einbindung deutscher und europäischer Unternehmen verknüpft werden.
- Eine künftige Bundesregierung sollte sich für eine Beschleunigung laufender EU-Beitrittsverhandlungen und partielle Mitgliedschaften in EU-Institutionen bereits vor dem endgültigen Beitritt einsetzen. Zur Heranführung der Länder des Westlichen Balkan an die EU sollte der Berlin Prozess weiterhin eng begleitet und die regionale Zusammenarbeit forciert werden. Ziel muss es sein, die EU wieder aufnahmefähig zu machen und bis 2028 den Beitrittsprozess mit mindestens einem Land abzuschließen (beispielsweise Montenegro).
- In Anbetracht aktueller negativer Entwicklungen muss sich die neue Bundesregierung entschieden für die Einhaltung der Binnenmarktregeln in allen EU-Mitgliedsländern einschließlich Ungarns einsetzen.
- Der „Carbon Border Adjustment Mechanism“ stellt ab 2026 die auf den EU-Markt orientierten östlichen EU-Nachbarländer vor große Transformationsaufgaben. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen, deutsche Technologie zur Anwendung zu bringen und grünen Strom und Wasserstoff aus der Region zu beziehen. Förderprogramme- und Projekte sollten hier entsprechende Schwerpunkte setzen.
- Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das EU-Programm „Global Gateway“ zur Verbesserung der Handels- und Verkehrsverbindungen mit Zentralasien endlich Ergebnisse erzielt. Die jährlichen Zentralasien-Gipfeltreffen der Bundesregierung im Format Z5+1 sollten fortgesetzt, müssen aber ergebnisorientierter gestaltet werden.
- Mit Usbekistan und Kirgisistan sind 2024 Abkommen zur Aus-, Weiterbildung und Beschäftigung von Fachkräften in Deutschland abgeschlossen worden. Dieser Prozess sollte politisch eng begleitet, erkannte Schwachstellen beseitigt werden.
- Zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für deutsche Investoren in der Region geht es zudem darum das erfolgreiche Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans, das von BMZ und Ost-Ausschuss als Public Private Partnership gemeinsam getragen wird, für die Zukunft abzusichern.

### Kontakt:

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs

T. +49 30 206167-120

[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)